

# Kapitalmärkte Blickpunkt

LBBW Research | Gruppe

## Die wirtschaftliche Realität in Ostdeutschland

### In aller Kürze:

- Die fünf ostdeutschen Länder haben ökonomisch zwar noch nicht ganz zum Westen aufgeholt, aber die Entwicklung dort ist dynamischer.
- Das AfD-Grundsatzprogramm läuft den Interessen vieler ihrer Wähler und der Wirtschaft insgesamt zuwider.
- Das gilt nicht zuletzt angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels besonders im Osten.

#### Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research  
+49 711 127-73462  
moritz.kraemer@LBBW.de

#### David Meeh

Research Associate  
Strategy/Macro (4111)  
david.meeh@LBBW.de

#### Eva Drews

Fundamental Analyst  
+49 711 127-46137  
eva.drews@LBBW.de

### Einleitung

Die jüngsten Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen haben erneut die Aufmerksamkeit auf die politische und wirtschaftliche Situation in den östlichen Bundesländern gelenkt. Die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) erreichte in Sachsen fast 31 Prozent, in Thüringen sogar fast 33 Prozent. Führend ist die Partei [bei Wählerbefragungen](#) unter anderem bei der Frage, wer sich ehesten um die Sorgen und Nöte der Ostdeutschen kümmere und wer für soziale Gerechtigkeit Sorge. Generell [punktet die AfD](#) vor allem bei Personen, die ihre persönliche wirtschaftliche Lage kritisch einschätzen. Zugleich spiegelte 2023 eine [Befragung der Universität Leipzig](#), dass sich „ein Viertel der Menschen in Ostdeutschland als Verlierer der Wende empfinden, nicht mal die Hälfte möchte sich als Gewinner bezeichnen“. Laut einer Alvensbach-Umfrage glauben 59 Prozent der Ostdeutschen, die meisten Menschen im Osten fühlten sich als „Bürger zweiter Klasse“. Interessanterweise berichten das aber nur 32 Prozent über sich selbst. Grund genug, einmal näher hinzusehen, wie es um die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen im Osten der Republik tatsächlich bestellt ist.

---

Ist die Lage so schlecht, wie sie die Wähler einschätzen?

---

# Wirtschaftliche Entwicklung

Neben der AfD hat auch das relativ junge, links-autoritäre Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei den jüngsten Landtagswahlen viele Stimmen gewonnen: In Sachsen kam die erst im Januar 2024 gegründete Partei mit bislang nur wenigen hundert Mitgliedern aus dem Stand auf fast 12 Prozent, in Thüringen sogar auf nahezu 16 Prozent. Gemeinsam erreichten die beiden Parteien an den Rändern des politischen Spektrums also fast die Hälfte der Stimmen. Häufig gilt ihre Beliebtheit als direkte Folge wirtschaftlicher Unzufriedenheit. Eine solche Sichtweise verkennt jedoch zum einen die tatsächliche wirtschaftliche Lage in den östlichen Bundesländern. Zum anderen verkürzt sie die komplexen Gründe, die hinter den Wahlentscheidungen stehen.

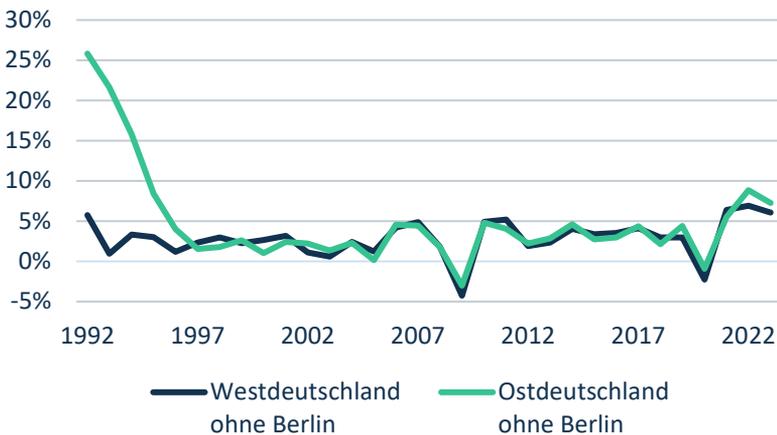
Zunächst einmal: Die Menschen in Sachsen, Thüringen oder auch Brandenburg, wo am Wochenende die nächste Landtagswahl ansteht und die Prognosen ähnlich aussehen, sind nicht wirtschaftlich abgehängt. Die je nach Schätzung bis zu 2 Billionen Euro, die in den Aufbau Ost investiert wurden, haben Wirkung gezeigt. Wenn wir auf die Entwicklung in Ost und West in den vergangenen 20 Jahren schauen, stellen wir fest: Das **Wachstum** ist ungefähr gleich, im Osten zuletzt sogar leicht höher.

---

2 Billionen Euro  
für den Aufbau  
Ost sind gut  
investiert

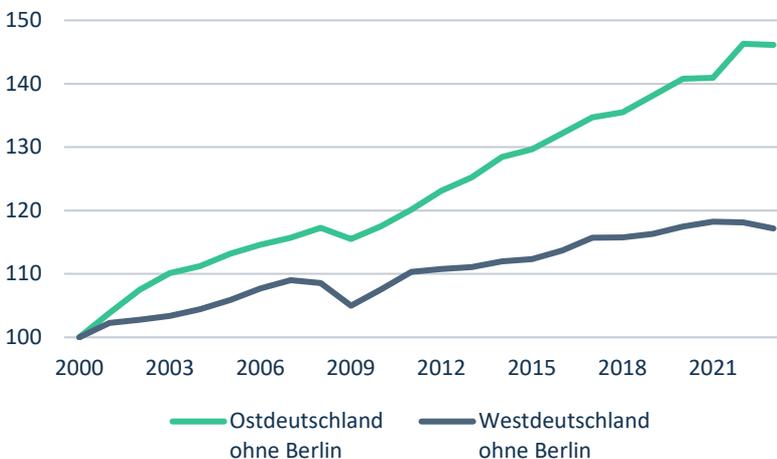
---

Abb. 1: Wirtschaftswachstum, Veränderung ggü. dem Vorjahr



Quelle: Destatis, LBBW Research

Abb. 2: Entwicklung der Arbeitsproduktivität (2000 = 100)



Quelle: Destatis, LBBW Research

---

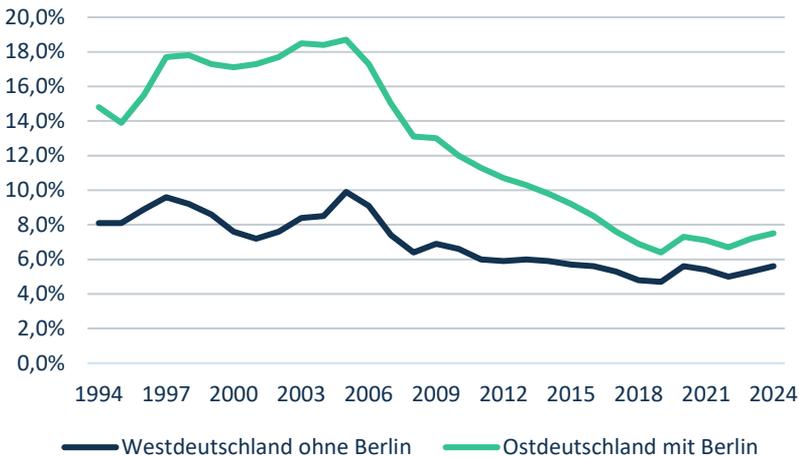
Die Arbeitsproduktivität Ost nimmt schneller zu als im Westen

---

Die **Arbeitsproduktivität** im Osten liegt zwar noch immer unter der im Westen, sie ist in den vergangenen 20 Jahren aber doppelt so schnell gestiegen wie im Westen (Abb. 2). Das ifo-Institut weist in einer [aktuellen Studie](#) zudem darauf hin, dass die „reine Ost-West-Betrachtung längst nicht mehr zeitgemäß“ sei, „weil auch in Westdeutschland starke regionale Unterschiede bestehen, insbesondere zwischen den südlichen und den norddeutschen Bundesländern“.

Auch die **Arbeitslosenquote** hat sich deutlich angenähert, liegt im Osten im Durchschnitt allerdings noch immer leicht höher als im Westen. Die Statistik der kreisfreien Städte und Landkreise mit der höchsten Arbeitslosenquote führten 2023 aber Gelsenkirchen (14,6 %), Bremerhaven (14,1 %) und Duisburg (12,8 %) an. Erst auf Rang 10 findet sich mit dem Landkreis Uckermark (10,7 %) der erste ostdeutsche Kreis.

**Abb. 3: Arbeitslosenquote in West- und Ostdeutschland**



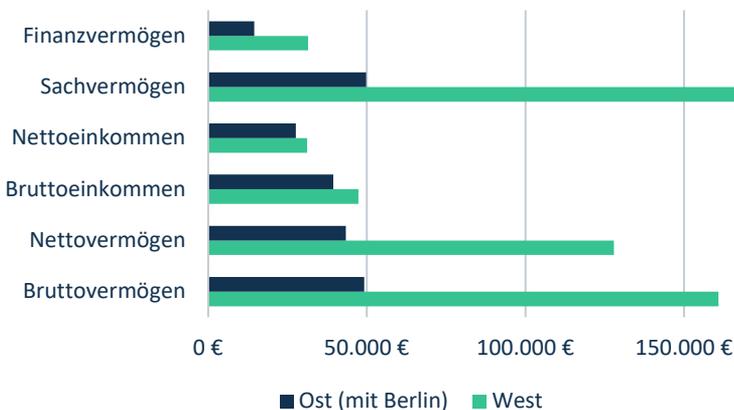
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, LBBW Research

Bei den **Renten** gibt es in Deutschland keinen Unterschied mehr. Im Juli 2023 stieg der Rentenwert erstmals auf den gleichen Wert in Ost und West. Aktuell liegt er bei 39,32 Euro. Bei den **Haushaltseinkommen** ist Ostdeutschland auf einem guten Weg. Allerdings klafft immer noch eine deutliche Lohnlücke zwischen Ost und West: Laut Destatis lagen die Ostgehälter 2023 bei 82 Prozent der durchschnittlichen Westgehälter. Grund dürfte ein geringerer Grad an Tarifbindung und kleinere Unternehmensgrößen im Osten sein. Allerdings sind die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland nach [Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft](#) (IW) etwa 13 Prozent niedriger als im Westen, was zu einer weiteren Angleichung der realen Kaufkraft führt.

## Der Ost-West-Vergleich ist nicht mehr zeitgemäß

**Rentenwert:**  
Der aktuelle Rentenwert ist der Betrag, der einer ungeminderten monatlichen Rente aus Beiträgen eines Durchschnittsverdieners für ein Jahr entspricht.

**Abb. 4: Vermögensverteilung in West- und Ostdeutschland**



Quelle: Deutsche Bundesbank, LBBW Research

Landesbank Baden-Württemberg

Deutlicher ist die Ungleichheit bei der **Vermögensverteilung**. Das Median-Vermögen eines Haushalts im Osten lag 2021 bei 43.400 Euro, im Westen hingegen bei 127.900 Euro (Abb. 4), wie die Deutsche Bundesbank in der [aktuellen PHF-Studie](#) vom April 2024 auf Basis einer Befragung schrieb. „Das Median-Vermögen im Osten ist im Vergleich zu 2017 jedoch relativ stärker angestiegen, als das im Westen.“ Der Unterschied ist sicher eine direkte Folge der DDR-Zeit, in der es kaum möglich war, privates Vermögen aufzubauen.

Die **Schulbildung** im Osten ist vorbildlich, Sachsen ist ganz folgerichtig deutschlandweit Vorreiter.

**Abb. 5: Gesamt-Ranking der Bundesländer im INSM-Bildungsmonitor 2024**



Quelle: [INSM](#), LBBW Research

Die ökonomische Situation in den östlichen Bundesländern hat sich also in den vergangenen zwei Jahrzehnten erheblich verbessert. Durch die massiven Investitionen in den Aufbau Ost ist ein Wachstum entstanden, das in einigen Bereichen das der westlichen Bundesländer übertrifft. **Der Osten liegt zwar weiterhin leicht hinten, läuft aber schneller.**

Die Schlussfolgerung, ökonomische Schwierigkeiten führten zu dem politischen Extremismus, der sich in den jüngsten Landtagswahlen gezeigt hat, springt zu kurz. Das belegen auch diverse wissenschaftliche Erhebungen. „Der Zuspruch [für AfD und BSW] ist nicht auf eine objektiv ungünstigere wirtschaftliche Situation zurückzuführen“, schrieb beispielsweise die [ifo-Niederlassung Dresden](#) anlässlich der Europawahlergebnisse 2024. Ihre persönliche wirtschaftliche Lage war wahrscheinlich nur für wenige Menschen in Sachsen und Thüringen entscheidend dafür, wo sie ihr Kreuz gemacht haben.

## Gründe für den Erfolg der AfD

Allerdings fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands nicht adäquat repräsentiert oder gehört. Dieses Gefühl der Vernachlässigung hat tiefgreifende Wurzeln und hat sich durch Ereignisse wie die Corona-Pandemie noch verstärkt, auf die die Regierung mit Gegenmaßnahmen reagierte, die viele Menschen als übergriffig wahrgenommen haben. Die historische Erfahrung der Überwachung durch den Staat in der DDR-Zeit trägt dazu bei, dass viele Ostdeutsche staatliche Eingriffe besonders kritisch sehen.

Viele Menschen im Osten sehen sich eher als Zuschauer denn als Akteure. Dafür gibt es auch durchaus vermeintliche Indizien: Im ganzen Osten gibt es nur drei in DAX, MDAX oder SDAX notierte Unternehmen, ebenso viele wie in Schleswig-Holstein. Gründer wählen nicht unbedingt die neuen Bundesländer als Unternehmenssitz (siehe Abb.6). 70,2 %

Landesbank Baden-Württemberg

---

## Die Gründe liegen in der DDR-Geschichte

---



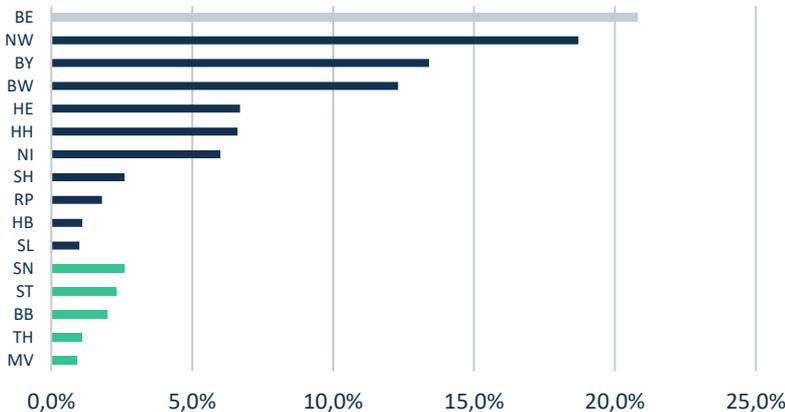
---

## Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen

---

aller deutschen Startups haben ihren Hauptsitz in Westdeutschland, während nur 8,9 % von Ostdeutschland aus operieren. Diese Differenz ist auf die unangefochtenen Startup-Hotspots Berlin und München zurückzuführen. Und im aktuellen Bundeskabinett stammen nur zwei Ministerinnen – Steffi Lemke und Klara Geywitz – aus dem Osten, die anderen 15 Kabinettsmitglieder kommen aus dem Westen. Ironischerweise ist selbst Thüringens AfD-Spitzenkandidat Björn Höcke gebürtiger Westfale, also Westdeutscher.

Abb. 6: Verteilung von Startups nach Bundesländern, in %, 2023



Quelle: Deutscher Startup Monitor 2023, LBBW Research

Die Unterstützung für die AfD und ähnlicher Parteien hat viele Gründe. Als Top-3-Themen für ihr Votum gaben AfD-Wähler in [Sachsen](#) Zuwanderung, Kriminalität und innere Sicherheit sowie die wirtschaftliche Entwicklung an. In [Thüringen](#) belegte Bildung den dritten Platz, erst an fünfter Stelle stand die wirtschaftliche Entwicklung. In beiden Ländern trauten die Befürworter der AfD ihrer Partei unter allen Parteien die höchste Kompetenz auf den Feldern Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Kriminalitätsbekämpfung, der Vertretung ostdeutscher Interessen und bei der Sozialpolitik zu. In Thüringen liegt die Partei auch bei der so genannten Meta-Frage vorne, welche Partei die wichtigsten Probleme im Land am besten lösen könne. 87 Prozent der AfD-Wähler geben dabei an, dass es gleichgültig sei, dass die AfD als rechtsextrem eingestuft wird.

Zum Ausdruck kommt dabei auch ein Bedürfnis nach Anerkennung und Einbeziehung. Das Gefühl, nicht Teil des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland zu sein, sowie die Wahrnehmung, als Zuschauer der eigenen Zukunft zu agieren, vermitteln vielen Ostdeutschen den Eindruck, bei den etablierten Parteien kein Gehör zu finden.

---

Ostdeutsche fühlen sich oft nicht gehört

---

## Das AfD-Grundsatzprogramm

Ob allerdings die Wahl populistischer Parteien gegen das Missgefühl weiterhilft, ist mehr als fraglich. Denn das [Parteiprogramm der AfD](#) birgt etliche wirtschaftliche Risiken. Sie vertritt ein Wirtschaftsprogramm, das bei näherer Betrachtung den [Interessen ihrer Wählerschaft zuwiderläuft](#). So sind die Einkommen der AfD-Wähler eher gering bis mittelhoch, und Arbeitslose sowie Arbeiter und Arbeiterinnen sind überdurchschnittlich häufig vertreten. Ihre Partei aber befürwortet wie keine andere im Bundestag vertretene Einschnitte bei den Sozialleistungen. Sie spricht sich gegen einen höheren Mindestlohn ebenso aus wie für eine zeitliche und finanzielle Beschneidung des Bürgergelds. Zudem will sie Langzeitarbeitslose zu Bürgerarbeit verpflichten. Zugleich steht im AfD-Grundsatzprogramm die Forderung nach Obergrenzen für Steuern, was Steuer-senkungen für Spitzenverdiener gleichkäme. Über die Forderung der

---

AfD fordert Einschnitte bei Sozialleistungen und Mindestlohn

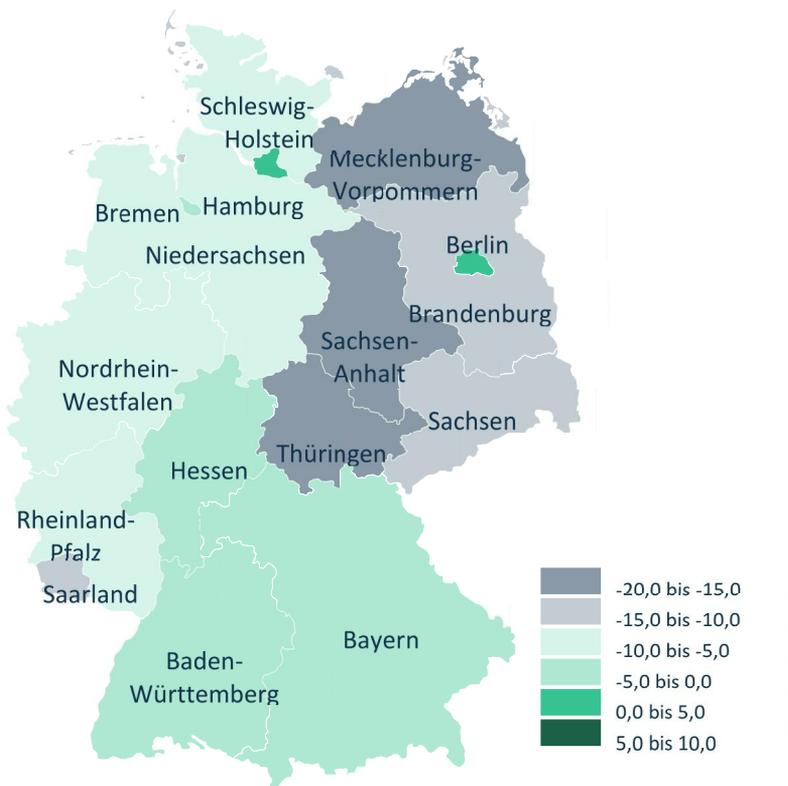
---

Partei, die [Europäischen Union zu schwächen](#) und Maßnahmen gegen den Klimawandel auszusetzen, schreibt der Präsident des DIW, Marcel Fratzscher: Das „träfe vor allem die sozial Schwachen der Gesellschaft – und dazu gehören vor allem auch viele AfD-Wähler\*innen“.

Darüber hinaus stellt die Möglichkeit, dass eine von der AfD geführte Regierung an die Macht kommt, ein erhebliches Standortrisiko dar, das die für den wirtschaftlichen Erfolg Ostdeutschlands so dringend benötigten Fachkräfte und Investitionen abschrecken könnte. Wirtschaftspolitisch gefällt sich die AfD in der Rolle eines Verteidigers des Mittelstands – aber der Mittelstand will offenbar nicht verteidigt werden, er sieht sich vielmehr [von der Rechtspartei bedroht](#). Thüringens Landesvorsitzende des Verbands „Die Familienunternehmer“, Colette Boos-John, sagte im August: „Thüringen steht bei dieser Landtagswahl an der Abbruchkante zur wirtschaftlichen Katastrophe.“ Gemeint haben dürfte sie nicht zuletzt die abschreckende Wirkung einer starken rechten Wählerschaft und zuwanderungsaverser Parteien (auch das BSW will Zuwanderung begrenzen) auf den Zuzug von Fachkräften – selbst aus dem Westen Deutschlands. Und das ist angesichts der demografischen Entwicklung fatal.

In Thüringen etwa fehlen laut einer [Studie im Auftrag des Landesarbeitsministeriums](#) in Erfurt, bis zum Jahr 2035 fast 250.000 Arbeitskräfte – und das, obwohl die Verfasser zugleich mit einem Rückgang der Arbeitsplätze um 140.000 in dem Bundesland rechnen. Besonders betroffen sind laut der Studie die Reinigungsbranche, aber auch Lkw- und Busfahrer sowie Beschäftigte in der Metallbranche und im Maschinenbau. Allesamt Branchen, in denen Zugewanderte eine immer größere Rolle spielen. Die Studie geht davon aus, dass die Bevölkerung Thüringens bis 2035 im Vergleich zu 2021 um rund 200.000 Einwohner auf 1,9 Millionen Bürger sinken wird. Mit 18,1 Prozent ist der Rückgang der Erwerbsbevölkerung in Thüringen besonders ausgeprägt. Generell sind neben Thüringen auch Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern besonders stark von wachsendem Fachkräftemangel betroffen

**Abb. 7: Veränderung der Erwerbsbevölkerung, 2021-2035, in %**




---

## Mittelstand befürchtet Standortrisiko

---



---

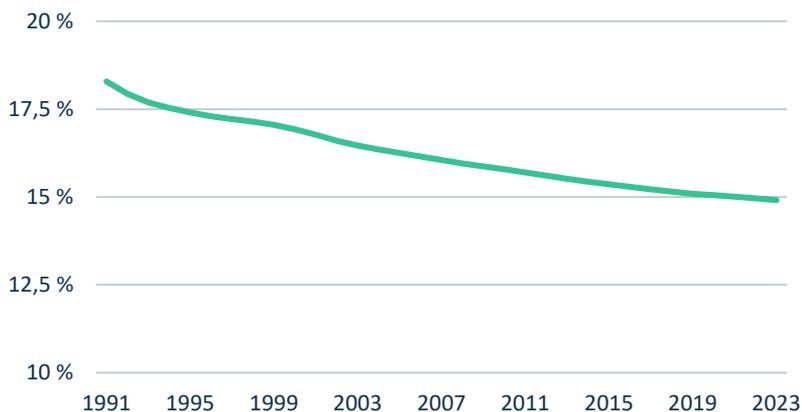
## Fachkräftemangel 2050 besonders im Osten eklatant

---

Quelle: Thüringer Sozialministerium, LBBW Research

Landesbank Baden-Württemberg

**Abb. 8: Anteil der Bevölkerung der fünf ostdeutschen Flächenländer, in % zu Gesamtdeutschland**



Quelle: Destatis, LBBW Research

Die endogenen Arbeitskräftepotenziale im Freistaat Thüringen reichten längst nicht mehr aus, heißt es in der Studie, um den künftigen Bedarfen gerecht zu werden. „Ohne Zuwanderung werden sich die bisher erzielten wirtschaftlichen Erfolge in Thüringen nicht fortsetzen lassen, so dass die Notwendigkeit besteht, auch im Ausland aktiv Fachkräfte und potenzielle Auszubildende anzuwerben.“

Der scharfe Rechtskurs im Land wird Zuwanderer aber sicher eher abschrecken. Schon heute bewerten mehr als 56 Prozent der im Rahmen des [Transformationsbarometers](#) des Ostdeutschen Wirtschaftsforums befragten Entscheider in ostdeutschen Unternehmen es als Herausforderung, Mitarbeiter zu finden und zu halten. Mehr als jede dritte bezeichnet „politische Radikalisierung“ als Standortrisiko im Osten. Schon jetzt dauert es dort deutlich länger, offene Stellen zu besetzen. Das belegen Statistiken ohne jeden Zweifel. Wenn sich das fortsetzt, könnte die wirtschaftliche Dynamik im Osten massiv an Fahrt verlieren.

## Fazit

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, hat Altbundeskanzler [Willy Brandt](#) 1989 anlässlich des Mauerfalls gesagt und damit neben den „blühenden Landschaften“ des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl eins von zwei prägenden Bonmots für die Wende gesetzt. „Blühende Landschaften“ gibt es heute – ähnlich wie in vielen westdeutschen Bundesländern – nur punktuell in Ostdeutschland. Aber die Erfolge des wirtschaftlichen Zusammenwachsens sind dennoch beeindruckend. Emotional aber ist bis heute nicht alles zusammengewachsen, was eigentlich zusammengehört. Das haben die jüngsten Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen eindrücklich gezeigt.

Die Gründe für die Wahlentscheidungen in Ostdeutschland sind allerdings nicht in erster Linie wirtschaftlicher, sondern vor allem gesellschaftlicher Natur. Ein konstruktiver Dialog, der das Bedürfnis nach Anerkennung und die Bedürfnisse und Sorgen in den neuen Bundesländern ernst nimmt und entsprechend handelt, ist unerlässlich für die Überwindung der politischen und gesellschaftlichen Spaltung. Dazu gehört auch die Wahrheit, dass viele der etablierten Parteien lokal im Osten kaum eine Rolle spielen – die AfD hingegen schon.

Als wichtigster Grund, die AfD zu wählen, hat sich in Umfragen das Thema Zuwanderung herausgestellt. Es ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein anderer Umgang mit einem Problem zu einer Verbesserung führen könnte. Denn nicht Aktionismus, wie er gerade zu beobachten ist, wäre jetzt gefragt, sondern eine deutlich bessere Einbindung ausländischer Landesbank Baden-Württemberg

---

Emotional ist  
noch nicht alles  
zusammen-  
gewachsen

---

Staatsbürger in die deutsche Gesellschaft. Schließlich ist Deutschland – gerade auch im Osten – auch auf die Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen. Das Potenzial ist da, aber Deutschland nutzt es viel zu wenig. Dazu wäre nicht zuletzt eine deutlich bessere Schulbildung für Zugewanderte vor allem der ersten Generation nötig. Ihre Ergebnisse in PISA-Tests sind deutlich schwächer als in anderen Staaten, und sie haben sich seit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 verschlechtert. Ähnliches gilt auch für den Spracherwerb erwachsener Zugewanderter. Hier verbirgt sich erhebliches Verbesserungspotenzial.

Ein weiterer Punkt, um den Extremismustendenzen entgegenzuwirken, die durchaus auch im Westen zu beobachten sind, liegt in der Entzauberung der AfD. Die rechtsextreme Partei wird Untersuchungen zufolge vor allem von Menschen gewählt, die finanziell eher schlecht gestellt sind und sich sozial wenig eingebunden fühlen. Oft sind es auch Einwohner von strukturschwachen Regionen. Für sie hält das AfD-Grundsatzprogramm allerdings vorwiegend Kontraproduktives bereit. DIW-Präsident Marcel Fratzscher kommt in seiner Kurzanalyse zum „AfD-Paradox“ zu dem Schluss: „Kaum eine im Bundestag vertretene Partei in Deutschland hat in den letzten 70 Jahren so hart nach unten getreten und verletzte Gruppen so stark ausgegrenzt und diskriminiert wie die AfD.“ Die etablierten Parteien täten gut daran, auf die konkreten Pläne der AfD klarer hinzuweisen und deren Konsequenzen sachlich darzustellen, statt sich untereinander zu bekriegen.

Eine [Studie](#) von infratest dimap zeigt allerdings, dass sowohl in Thüringen als auch in Sachsen ein Viertel der AfD-Wähler ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ und etwa ein weiteres Viertel „ausgeprägt rechte“ politische Einstellungen hat. Vor allem die erstgenannten 25 Prozent werden wohl nur schwer mit sachlichen Argumenten zu erreichen sein.

---

## Das Thema Zuwanderung anpacken

---

---

## Eine Desmaskierung der AfD tut not

---

# Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

**Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.**

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.